

acatnews

Pour un monde sans torture ni peine de mort

Anlässlich des ersten Fußballspiels im neuen Stade de Luxembourg, dem WM-Qualifikationsspiel Luxemburg - Aserbaidschan, das am 1. September 2021 stattfindet, macht ACAT Luxembourg auf schwere Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidschan aufmerksam. Der Newsletter beinhaltet einen ausführlichen Bericht von Amnesty International Luxemburg über die Menschenrechtssituation in Aserbaidschan und auf Seite vier einen Gastbeitrag von Ben Streff zu dem Thema Fußball und Menschenrechte.

„Ausgestellter Hass“ Der Trophäenpark in Baku

Die deutsche Tageszeitung taz berichtet am 22. April 2021 unter dieser Überschrift ausführlich von einem sehr speziellen Freilichtmuseum in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku. „Das Projekt geht auf Präsident Alijev zurück, der meint, mit diesem bizarren Ausstellungspark den Sieg über Armenien im jüngsten Krieg um die Region Bergkarabach gebührend würdigen zu müssen.“ (taz) Was erwartet die Besucher des Parks, der im Internet unter „Trophées Park“ als kinderfreundliche (!) Touristenattraktion angepriesen und mit über 500 Besucherfotos beworben wird? Die Fotos zeigen: erbeutetes armenisches Kriegsmaterial, mit dem Kinder spielen, einen Gang mit Helmen getöteter armenischer Soldaten, der Präsident Alijev posiert stolz vor dieser gruseligen Szenerie. Und dann die „Schaufenstertropfen“, die tote armenische Soldaten in entwürdigenden Positionen zeigen, wobei auch vor rassistischen Darstellungen nicht zurückgeschreckt wird. Mit diesen „Puppen“ dürfen laut taz die aserbaidschanischen Kinder „spielen“, sie treten, misshandeln, verhöhnen.

Das EP hat am 20. Mai 2021 mit Berufung auf Untersuchungen von Human Rights Watch eine Entschließung zu „Kriegsgefangenen nach dem jüngsten Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan“ verabschiedet und deutliche Worte gefunden: Armenische Kriegsgefangene seien missbraucht und im Zuge ihrer Gefangennahme während ihrer Überstellung oder während ihrer Inhaftierung in verschiedenen Hafteinrichtungen grausamer und erniedrigender Behandlung und Folter ausgesetzt gewesen. Noch jetzt, Stand September 2021, befinden sich um die 200 armenische Soldaten in Kriegsgefangenschaft und weitere sind vermisst. Viele Angehörige wissen nichts über ihren Verbleib.

Der Trophäen Park in Baku glorifiziert die Gewalthandlungen gegenüber armenischen Soldaten und bereit damit weitere Menschenrechtsverletzungen vor.



Photo by: Sabina Mammadova

ACAT LUXEMBURG FORDERT VON ASERBAIDSCHAN

Stopp der andauernden Misshandlung und Folter von armenischen Kriegsgefangenen

Sofortige Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission zu den Folttervorwürfen und juristische Verfolgung der Straftaten

Apropos Luxemburg Aserbaidschan

Fußball: Das WM- Qualifikationsspiel am 1. September ist bereits die 6. Länderspielbegegnung zwischen Luxemburg und Aserbaidschan seit 2010.

Wirtschaft: Die offizielle Handelsbilanz zwischen beiden Ländern ist zu vernachlässigen, gäbe es nicht andere Geschäfte etwa rund um den aserbaidschanischen Geschäftsmann Khaghani Bashirov mit Wohnsitz in Luxemburg. (vgl. Reporter vom 29. März 2021)

Politik: Frostige diplomatische Beziehungen zu Aserbaidschan nach der offiziellen Anerkennung des Genozids an den Armeniern im Jahr 2015 und nach der Kritik von Außenminister Asselborn an der Rolle Aserbaidschans im Krieg um Bergkarabach und der Eröffnung des Trophäenparks.

ASERBEIDSCHAN UND MENSCHENRECHTE

Ein Überblick von Amnesty International Luxemburg

Egal auf welche politische Indizes man schaut – um Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit ist es nicht gut bestellt in Aserbaidschan. Regelmäßig macht das am Kaspischen Meer gelegene Land durch Unterdrückung der Pressefreiheit, Korruption und Vorwürfen der Wahlfälschung Schlagzeilen, ganz abgesehen von Kriegsverbrechen im Konflikt mit Armenien. Letzterer gereichte den Behörden zusammen mit der Corona-Pandemie als Vorwand, um in jüngerer Vergangenheit noch härter gegen Kritiker*innen vorzugehen.

Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Schikane, willkürliche Strafverfolgung und Inhaftierung von Regierungskritiker*innen sind in Aserbaidschan weiterhin an der Tagesordnung. Oppositionsmitglieder, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen werden häufig auf der Grundlage politisch motivierter Anklagen festgenommen und strafrechtlich verfolgt, weil sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wahrgenommen haben. Über die Einschüchterung ihrer Angehörigen wurden auch im Exil lebende Aktivist*innen versucht zum Schweigen zu bringen. Menschenrechtsanwält*innen gerieten aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit ins Visier der Regierung, was ihre Unabhängigkeit und ihre Bereitschaft, Menschenrechtsfälle zu übernehmen, beeinträchtigte. All diese repressiven Maßnahmen wirken sich massiv auf die Zivilgesellschaft in Aserbaidschan aus und fördern ein Klima der Angst und Selbstzensur.

Den Ausbruch der Corona-Pandemie nutzte Präsident Ilham Aliyev am 19. März 2020 für die Ankündigung, die Opposition „isolieren“ und „entfernen“ zu wollen und leitete damit eine Welle an Verhaftungen von Regierungskritiker*innen ein. Sie wurden unter teilweise absurd konstruierten Vorwürfen wie Unruhestiftung, Rowdytum oder Diebstahl festgenommen. Auch die Kritik am Umgang der Behörden mit der Corona-Pandemie führte zu Verhaftungen. Der Oppositionelle Agil Humbatov wurde nach der Veröffentlichung seiner Kritik sogar über mehrere Monate in einer psychiatrischen Klinik eingesperrt, wo ihm gegen seinen Willen unbekannte Medikamente injiziert wurden.

Wie eine Untersuchung von Amnesty International aus diesem Jahr aufzeigte, kommt es immer häufiger zu gezielten Verleumdungskampagnen gegen Frauen, die entweder wegen ihres eigenen Engagements oder dem ihrer Partner diffamiert werden. Sie werden beispielweise durch die Veröffentlichung persönlicher Daten oder Aufnahmen sexueller Natur erpresst. In den letzten zwei Jahren gab es mindestens 15 solcher Fälle, und ihre Zahl nimmt zu. Gleichzeitig führte ein Anstieg der gemeldeten Fälle von Selbstmord durch Überlebende von Gewalt gegen Frauen zu öffentlichen Protesten. Aktivistinnen riefen die Regierung auf, endlich gegen die zunehmende Gewalt vorzugehen und der Istanbul-Konvention beizutreten. Stattdessen gingen die Behörden jedoch gegen die Demonstrierenden vor.

Die Bestrafung von Menschen allein wegen ihrer friedlichen Teilnahme an Demonstrationen ist leider kein Einzelfall; das Recht auf Versammlungsfreiheit ist generell stark eingeschränkt in Aserbaidschan. Dabei setzt die Polizei teilweise exzessive Gewalt ein.

Berichte über Folter und andere Formen der Misshandlung, insbesondere an Aktivist*innen, sind nach wie vor weit verbreitet und werden von den Behörden nicht effektiv untersucht.

Auf internationaler Ebene herrscht Besorgnis angesichts der Unterdrückung kritischer Stimmen. Immer wieder urteilt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass Inhaftierungen in Aserbaidschan auf politischen Motiven basieren und widerrechtlich sind. Auch politische Instanzen wie die Parlamentarische Versammlung des Europarates verurteilen die „Strafverfolgungen aus Vergeltung“ und ein „beunruhigendes Muster aus willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen von Regierungskritiker*innen“.

Währenddessen versucht sich die aserbaidische Regierung jeglicher Überprüfung der Menschenrechtssituation des Landes zu entziehen, indem sie internationalen Organisationen wie Amnesty International den Zugang verweigert. Auch der Zulassung unabhängiger NGOs im Land werden Steine in den Weg gelegt und ihre Führungskräfte mit Strafen aufgrund unbegründeter strafrechtlicher Verurteilungen konfrontiert.

Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung und Kriegsverbrechen

Bei den Kämpfen in Bergkarabach zwischen Ende September und Anfang November 2020 kamen mindestens 146 Zivilpersonen ums Leben, darunter auch mehrere Kinder und ältere Menschen. Dies war das jüngste Kapitel eines langen gewalttätigen Territorialkonflikts zwischen aserbaidischen und armenischen Streitkräften, der bereits über eine Million Menschen entwurzelt hat.

Bei dem jüngsten, 44-tägigen Krieg kam es wiederholt zu Angriffen auf zivile Wohngebiete weitab der Frontlinien, in deren Nähe es häufig auch keine militärischen Angriffsziele zu geben schien. Alle Konfliktparteien setzten in dicht besiedelten Gebieten schwere Explosivwaffen mit großflächiger Wirkung ein, unter anderem ballistische Raketen und ungenaue Salven von Artillerieraketen, die Todesfälle und Verletzungen bei Zivilpersonen verursachten. Beweise sprechen dafür, dass beide Seiten Streumunition einsetzten, die nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist.

Die Kriegsgefangenen wurden in Aserbaidschan unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten. Eine Reihe vermisster armenischer Soldaten wurde zuletzt in aserbaidsschanischem Gewahrsam gesehen, und Aserbaidschan hat bisher keine Rechenschaft über sie abgelegt.

Die aserbaidsschanischen Streitkräfte verübten nachgewiesenermaßen Kriegsverbrechen in Bergkarabach: mehrere Videos, deren Echtheit von mehreren Organisationen überprüft wurde, zeigten die Misshandlung von Kriegsgefangenen und anderen Gefangenen, Enthauptungen und die Schändung von Leichnamen feindlicher Soldaten. Es gibt ebenfalls Aufnahmen von Kriegsverbrechen der armenischen Streitkräfte.

Beide Seiten bestreiten die Vorwürfe, weshalb unter anderem Amnesty International sowohl von den aserbaidsschanischen als auch den armenischen Behörden fordert, unabhängige und unparteiische Untersuchungen durchzuführen und alle Verantwortlichen zu ermitteln. Die Täter sowie alle befehlshabenden Offiziere, die diese Verbrechen angeordnet, zugelassen oder geduldet haben, müssen vor Gericht gestellt werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Vertriebenen aus beiden Gemeinschaften kurz- oder sogar mittelfristig in großem Umfang zurückkehren können. Die betreffenden Gebiete sind stark vermint, und in den meisten Fällen ist von den früheren Häusern praktisch nichts übrig geblieben.

ACAT- Appell September 2021

Das Schreiben wird an den Präsidenten von Aserbaidschan, Ilham Aliyev, gerichtet.

Sehr geehrter Herr Präsident,
aufgrund von Informationen, die ich von der ACAT Luxemburg erhalten habe, bringe ich Ihnen meine große Besorgnis über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidschan zum Ausdruck. Ich fordere Sie respektvoll auf, die Einhaltung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Ihrem Land durchzusetzen, alle politischen Gefangenen freizulassen und politisch motivierte Festnahmen einzustellen. Journalist*innen und Menschenrechtsanwält*innen müssen ihrem Beruf ungehindert ausüben können und politisch engagierte Menschen friedlich für ihre Überzeugungen eintreten dürfen, sei es in einer Oppositionspartei, einer NGO oder durch die Teilnahme an einer Demonstration.

Des Weiteren ersuche ich Sie, Herr Präsident, nachdrücklich, den Beweisen von Kriegsverbrechen ihrer Streitkräfte im Zusammenhang mit dem Bergkarabach-Konflikt, nachzugehen. Ich bin zutiefst betroffen von Berichten über den Einsatz von Streubomben und anderer Methoden, die zum Tod zahlreicher Zivilpersonen führte. Die verstörenden Meldungen von Misshandlungen und Ermordungen von Kriegsgefangenen, die sich in Ihrer Verantwortung befanden, müssen rechtliche Konsequenzen haben. Angesichts dieser klaren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht fordere ich Sie nachdrücklich dazu auf, Sorge zu tragen, dass eine unabhängige Untersuchung durchgeführt wird und alle Verantwortlichen ermittelt werden. Darüber hinaus muss der Verbleib von armenischen Kriegsgefangenen aufgeklärt und diese umgehend freigelassen werden.

Ich fordere Sie höflich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Achtung der Menschenrechte in allen sich unter aserbaidsschanischer Kontrolle befindlichen Gebieten, insbesondere gegenüber der armenischen Zivilbevölkerung, sicherzustellen.

Hochachtungsvoll

Brief an den Präsidenten von Aserbaidschan:

Herr Ilham Aliyev

Präsident der Republik Aserbaidschan

Präsidentenpalast

Istiqlaliyyat Straße 19

1066 Baku

Aserbaidschan

Kopie an die Botschaft Aserbaidschans in Brüssel:

Herr Fuad ISGANDAROV

Botschafter Aserbaidschans für Belgien und Luxemburg

282-284 Avenue de Tervueren

1150 Brüssel

Belgien

Mit **1,05 €** frankieren (Format XS/Standardbrief)

Mit **1,40 €** frankieren (Format XS/Standardbrief)

E-Mail: office@pa.gov.az

E-Mail: office@azembassy.be

„Fußball ist unser Leben, Denn König Fußball regiert die Welt“, so beginnt eines der bekanntesten Fußballlieder, welches einst von der deutschen Nationalmannschaft gesungen wurde. Fest steht, Fußball ist für sehr viele Menschen mehr als eine bloße Ballsportart, ja dem Fußball eilt der Ruf nach, Menschen verschiedenster Hintergründe zusammen zu bringen. Ein starkes Zeichen ist es demzufolge wenn mittlerweile ganze Stadien sich gegen Rassismus erheben, Fußballspieler Benefizspiele organisieren oder immer öfter die Regenbogenfahne hissen. Doch wie so oft, gibt es auch eine andere Seite der Medaille. Was die Fußballverbände UEFA und FIFA teilweise veranstalten ist, aus Sicht der Menschenrechte schlichtweg nicht akzeptabel. Ohne auf das groteske Untersagen des Erstrahlens der Allianz-Arena in den Regenbogenfarben bei der Fußballeuropameisterschaft eingehen zu wollen, sollte man der FIFA mit Blick auf den Winter 2022 die Frage stellen: „Nun sag' FIFA wie hast du's mit den Menschenrechten?“



Die nächste Fußballweltmeisterschaft soll 2022 im Wüstenstaat Katar ausgetragen werden. Dies ist aus sportlicher Sicht kaum zu verstehen; aus gesellschaftlicher Sicht schlichtweg inakzeptabel. Laut einem Bericht von „the Guardian“ sollen beim Bau der Fußballtempel in Katar, die für das Turnier im Winter 2022 errichtet werden, bereits mehr als 6500 Menschen ihr Leben gelassen haben. Weiter an jenem Turnier festzuhalten ist ein Schlag ins Gesicht für alle Menschenrechtler, aber auch jeden Menschen mit einem gesunden Menschenverstand. Die derzeitigen Entwicklungen im Afghanistan lassen ebenso aufhorchen. Neben der Unterdrückung des eigenen Volkes, ist Katar einer der Stützpunkte der Taliban; die Sharia ist längst Teil der bestehenden Rechtslage.

Die großen Fußballnationen müssten voran gehen: Was wäre es für ein Zeichen wenn Deutschland, Frankreich und Co. ihre Teilnahme an einer WM im Katar absagen würden? Aber auch jeder Fußballfan ist gefordert mit diesem Turnier streng ins Gericht zu gehen. Doch auch wenn man als luxemburgischer Fußballfan wohl wenig bei den mächtigen Fußballverbänden dieser Welt ausrichten kann, ist es so, dass die „Roud Léiwen“ am siebten September ein Heimspiel gegen die Auswahl des Katars austragen werden. Hier muss die nationale Politik, das Thema Menschenrechte, beispielsweise die Arbeitsbedingungen aber auch die Rechte von Frauen und Homosexuellen klar thematisieren

Auch der luxemburgische Fußballverband selbst und jeder einzelne Nationalspieler ist gefordert Farbe zu bekennen. Das Hofieren des Wüstenstaates von Seiten der FIFA mutet geradezu grotesk an: Die Ausrichtungsländer sind in der Regel direkt für das Turnier in ihrem Land qualifiziert, so auch der Katar – und doch gibt es eine Extrawurst: um Spielpraxis zu sammeln, dürfen die katarischen Spieler pro forma in der Qualifikationsgruppe A, unter anderem gegen Portugal und eben Luxemburg antreten. Hätte der luxemburgische Fußballverband dieses Spiel nicht boykottieren müssen? Wäre ein klares Zeichen Luxemburgs nicht die richtige Antwort auf Unterdrückung und den Nicht-Respekt der Menschenrechte in jenem Land gewesen? Schlussendlich muss nun jeder Anhänger der luxemburgischen Nationalmannschaft und jeder Fan von Menschenrechten, an diesem siebten September klar „Flagge“ bekennen. Auch wenn ein Besuch des neuen Stadions verlockend erscheinen mag – gegen Katar sollten die Ränge, aus Protest leer bleiben.

„Ja, Einer für alle, alle für einen. Wir halten fest zusammen“, geht das zu Beginn angeklungene Lied weiter – gegen Menschenrechtsverletzungen, für Respekt und Toleranz, ja, da sollten wir wirklich alle fest zusammen halten.

Ein Gastbeitrag von Ben Streff

Action des Chrétiens pour l'Abolition de la Torture

5 avenue Marie-Thérèse ▪ L-2132 Luxembourg

Tél. (352) 44 74 35 58 ▪ fax (352) 44 74 35 59 ▪ contact@acat.lu ▪ www.acat.lu

CCPL IBAN LU77 1111 0211 9347 0000

Association reconnue d'utilité publique. Dons déductibles fiscalement. Merci de préciser Don ACAT

L'ACAT-Luxembourg est affiliée à la Fédération Internationale de l'ACAT (FIACAT) ayant statut consultatif auprès des Nations unies et du Conseil de l'Europe. Les ACAT informent, sensibilisent l'opinion publique. Elles appellent leurs quelque 30.000 adhérents dans 25 pays à l'action, à la réflexion et à la prière.